

Ein weiterer Schwerpunkt der künftigen Arbeit ist die Verbesserung der Anleitung der Genossen Funktionäre in der FDJ und den übrigen Massenorganisationen. Der FDJ als Träger der gesellschaftlichen Entwicklung an den Universitäten und Hodisdialen gilt unsere stärkste Unterstützung. Die weitere ideologische und organisatorische Festigung der FDJ-Hodischulgruppen verdient besondere Aufmerksamkeit.

Denn die FDJ-Hochschulgruppen haben die verantwortliche Leitung für die operative Arbeit der neuen Studentenräte. Bei der Aufstellung der Arbeitsprogramme für die Studentenräte geht es besonders um folgende Punkte:

1. Realisierung der im Hochschulprogramm der FDJ festgelegten Aufgaben.
2. Mitwirkung bei der Kontrolle zur sachgemäßen Verwendung der von den Werk tätigen zum Aufbau unserer Universitäten zur Verfügung gestellten Mittel.
3. Unterstützung der demokratischen Studenten in Westdeutschland.

Eine weitere Aufgabe unserer Parteibetriebsgruppen ist es, die politische Situation in den pädagogischen, wirtschaftswissenschaftlichen und veterinärmedizinischen Fakultäten auf Grund der aufschlußreichen Wahlergebnisse genau zu untersuchen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, ist es notwendig, alle jene Parteileitungen, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Studentenratswahlen versagten, neu zu besetzen. Dabei sollten wir mehr die Genossen, die während der Wahlkampagne hervorgetreten sind und sich bewährt haben, planmäßig heranziehen und auch weiter fördern. Diese jungen Kader stellen auch die Voraussetzungen für die Beseitigung des Unwesens der Multifunktionäre dar.

Unter den noch schwankenden Elementen der Studentenschaft gilt es nun, eine rege Aufklärungsarbeit über die Ziele der Nationalen Front, über den Volkswirtschaftsplan, die Kulturverordnung und über die Förderung von Wissenschaft und Kunst in der Deutschen Demokratischen Republik zu entfalten. Ziel dieser Aufklärung ist die Gewinnung derjenigen, die, den Wahlparolen des Gegners folgend, ungültig gewählt haben, und die Ausschaltung der kleinen Gruppe bewußter Gegner unserer demokratischen Ordnung, der Saboteure und Agenten. Zu dieser Aufklärungsarbeit gehört auch, daß hetzerische Äußerungen reaktionärer Professoren und Dozenten in den Vorlesungen und Seminaren sofort und entschieden zurückgewiesen werden.

Die Genossen Professoren und Dozenten müssen davon überzeugt werden, daß sie sich verstärkt in die Arbeit der Universitätsbetriebsgruppen einschalten sollten. Denn die Aufgabe unserer Betriebsgruppen ist die Entwicklung und Durchführung der Hochschulpolitik unserer Partei. Wie sollen die Studenten allein diese große Aufgabe lösen?

Die Durchführung der Studentenratswahlen hat deutlich bewiesen, daß der Erfolg einer Arbeit von der guten Planung und Vorbereitung abhängt. Aus dieser Erkenntnis heraus werden die Betriebsgruppen auch an den Universitäten und Hochschulen überall dazu übergehen müssen, konkrete Arbeitspläne aufzustellen.

Die vorher genannten Aufgaben sind einige Schwerpunkte für die Arbeitsplanung. Es ist selbstverständlich, daß sich weitere konkrete Aufgaben ergeben aus der Neuzulassung zu den Arbeiter- und Bauernfakultäten und zu den anderen Fakultäten, der Neugestaltung der Lehrpläne und Prüfungsordnungen, der Mitarbeit an der vorfristigen Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes — vor allem durch Einflußnahme auf Forschung und Lehre — und die weitere Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterschaft und werktätiger Intelligenz.

Wagner/Laudien

## ERFAHRUNGEN, ANREGUNGEN UND KRITIK

aus Leserbriefen

### Die Kreisverwaltung Dresden holt auf

„Neue Arbeitsmethoden in der Verwaltung sind notwendig, um die großen Aufgaben, die uns der Volkswirtschaftsplan stellt, zu erfüllen“, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident, Genosse Walter Ulbricht, am 4. Februar 1950 vor den Hörern der Deutschen Verwaltungsakademie.

Der Kreisrat Dresden, seine Abteilungsleiter, verantwortlichen Sachbearbeiter und Aktivisten haben nach einer kritischen und selbstkritischen Beleuchtung der Situation durch den Genossen Landrat konkrete Beschlüsse zur Verwirklichung der Rede des Genossen Ulbricht im Kreisrat Dresden gefaßt. Es wurden Maßnahmen festgelegt

zur Hebung des ideologischen Niveaus aller Angestellten im Kreise,

zur richtigen operativen Arbeit und zum besseren, systematischen Anleiten der kreiszugehörigen Städte und Gemeinden,

zur Festlegung vordringlicher Schwerpunkte in der Kreisarbeit,

zur planmäßigen Arbeit, die nicht durch Nebenfragen gestört werden darf,

zur weiteren Verbesserung der Verwaltungsarbeit,

zur engeren Verbindung mit der Bevölkerung,

zur engsten Verbindung mit den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Daß diese Beschlüsse nicht nur gute Vorsätze bleiben, beweist die Popularisierung des Kreisplanes in den Landgemeinden und die Verständlichmachung der entscheidenden Gesetze unserer Republik in der Bevölkerung. Anlässlich der Umbildung der Volksausschüsse in die Ausschüsse der Nationalen Front im Landkreis wurde in den Mittelpunkt dieser Veranstaltungen der Kreisplan „1950 eine Friedensernte“ gestellt. Unter der Losung „Erreichung der Friedenshektarerträge — eine nationale Aufgabe“ wurde durch Versammlungen in sämtlichen Landgemeinden und Städten dieser Plan propagiert. Wir haben dadurch das Interesse aller für diese wichtige Aufgabe geweckt und eine gute ideologische Verwaltungsarbeit geleistet, die sicherlich ihre Früchte tragen wird. Jeder Bauer im Kreis Dresden ist im Besitze der Planbroschüre der Kreisverwaltung. Die Diskussion darüber ist im Kreis im vollen Gange.

So war es auch möglich, daß es der Bürgermeister der Gemeinde Oberaundorf, Genosse Zimmermann, im Einvernehmen mit dem Ausschuß der Nationalen Front, fertigbrachte, in kürzester Frist die Einwohnerschaft zum öffentlichen Dorfausspracheabend zu mobilisieren. In den Mittelpunkt dieses Dorfausspracheabends stellte der Genosse Landrat das soeben von der Volkskammer verabschiedete Gesetz zur Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung und Pflichtableieferung landwirtschaftlicher und tierischer Erzeugnisse. Gemeinsam mit dem Abteilungsleiter für Handel und Versorgung, Genossen Löbel, und dem Erfassungsleiter, Genossen Jahn, wies er auf Sinn und Zweck dieses Gesetzes hin. Bezeichnend war die aktive Beteiligung der Gemeindeangehörigen an diesem Abend. Alle Schichten der Bevölkerung sprachen, stellten Fragen, gaben Anregungen und kritisierten bestehende Mängel. Alle Fragesteller erhielten durch die anwesenden Vertreter des Kreisrates eine befriedigende Antwort, wobei insbesondere der Genosse Landrat die Zusammenhänge zwischen den örtlichen Problemen und den großen Geschehnissen aufzeigte. Am Schluß des Dorfausspracheabends, welcher bis 24 Uhr währte, konnte festgestellt werden, daß